ROTE KOMMENTARE

23.9.69

SDS - Heidelberg

Lohnpolitik der Gewerkschaften und die Streikbewegung

I. Das sozialdemokratische Bewußtsein vom "gerechten Lohn"

Der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, vor allem die ausschließliche Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Investitionen, äußert sich im Nachkriegskapiatalismus in kurzen (etwa dreijährigen) relativ regelmäßigen Schwankungen im Wachstum der Industrieproduktion, dem Krisenzyklus. Für die Lohnarbeite bedeuten die Konjunkturen ein geringfügiges Wachsen der Löhne, die Rezessionen dessen Stagnation, Kürzungen von Sozialleistungen, potentiell Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, die nur durch die Gastarbeiter etwas gemildert wird, die immer noch eine relevante Reservearmee für Westeuropa darsetelln.

In der Stahlindustrie (z.B.) beträgt der Lohnanteil an den Produktionskosten etwa 15%. Eine Lohnerhöhung um 10% bedeutet also eine Erhöhung der Produktionskosten um nur 1,5%. Dadurch verschlechtern sich also die Investitionsbedingungen nur geringfügig. Der Krisenzyklus wird gegenwärtig weniger von der Lohnsituation als von der übrigen Marktlage bestimmt. Nur wenn die Lohnerhöhungen über die bloße Beibehaltung des Verhältnisses von Löhnen und Profiten hinausgingen, würden sie die Investitionsbereitschaft dämpfen, die Rezessionen verschärfen. Damit gerieten aber die Arbeiter, die das kapitalistische System zunächst akzeptieren, in Widerspruch zu ihren Interessen im Falle der Rezession, nämlich der Sicherung der Arbeitsplätze . Sozialdemokratisches Bewußtsein der Arbeiter wie der "fortschrittlichen" Teile der Gewerkschaften (nicht aber der SPD heute) bestimmt sich also aus dem Interessenwiderspruch von Lohnerhöhung und Vollbeschäftigung bei Akzeptierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, und neutralisiert sich in der Forderung nach dem Gleichbleiben des Verhältnisses im Wachstum von Löhnen und Profiten: was bisher funktioniert hat, muß auch weiter funktionieren. Die Erfüllung dieser Forderung erzeugt einerseits ein gewisses Wachstum der Löhne , das aber die Profite nicht gefährdet, andererseits eine fast Vollbeschäftigung, die aber wegen des Vorhandenseins einer externen Reservearmee noch keine "Monopolisierung" der Ware Arbeitskraft ermöglicht. In diesem Integrationsmechanismus haben die Gewerkschaften die Funktion eines Maklers für die Ware Arbeitskraft, der sich den "Gesetzen" des Warenmarktes unterwirft. In dieser Funktion werden die Gewerkschaften von den Arbeitern und von den Unternehmern akzeptiert. Dies ist ihre "Ordnungsfunktion" . Ihre Lohnpolitik entspricht auf dieser Ebene dem Bewußtsein der Arbeiter von einem "gerechten Lohn". Die Konstanze im Verhältnis Löhnen und Profiten sorgt einerseits dafür, daß die Profite immer wesentlich höher als die Löhne sind, sodaß die Kapitalisten die alleinige Verfügungsgewalt über die Investitionen behalten und kein Arbeiter Kapitalist wird; andererseits dafür, daß der Konsum der Arbieter einschließlich ihres Besitzes an langfristigen Konsumgütern ständig geringfügig steigt. Damit steigen aber auch die Möglichkeiten für Ersatzbefriedigungen, die zur größeren Integration des Arbeiters beitragen.

Die Ersatzbefridigungen führen zur wenigstens vorübergehenden Neutralisierung des Widerspruchs, der heute das Bewußtsein des Arbeiters bestimmt: Einerseits besteht die Einsicht in die Unerträglichkeit des "Arbeiterlebens" und der Wunsch, diesem "Leben" zu entkommen, in dem man als einzelner die Arbeiterklasse verläßt, aufsteigt und reich wird. Andererseits besteht die Einsicht in die objektive Unmöglichkeit, (als einzelner) je etwas anderes als Arbeiter zu werden. Dieses Bewußtsein ist insofern ein richtiges Bewußtsein, als es die Notwendigkeit der Aufhebung der elenden Verhältnisse und die Notwendigkeit der Solidarität der Arbeiter aufgrund ihrer objektiven Klassenlage zu sehen vermöchte. Es ist falsches Bewußtsein, weil es nur auf private Aufhebung des Elends drängt und schon deshald die Klassensolidarität für unmöglich halten muß. Aufhebung des Widerspruchs ist Vermittlung der Einsicht in die objektive Notwendigkeit der Klassensolidarität und die Möglichkeit der Aufhebung der elenden Verhältnisse gerade durch solidarisches Handeln. Die Lieferung von Ersatzprogrammen macht diese Einsicht zunächst schwer, weil es dadurch dem Arbeiter gelingt, sich mit bürgerlichen Statussymbolen zumindest außerhalb des Betriebs über den Widerspruch hinwegzutäuschen. Die Ersatzprogramme verhindern somit eine Entfaltung des Klassenbewußtseins zu einem sozialistischen. Dieses Interesse - neben dem der Erhöhung der Kaufkraft der Massen, das damit zusammenfällt - haben die Kapitalisten an Lohnerhöhungen. Die Kapitalisten geraten so in einen Interessenwiderspruch. Einerseits sind Lohnerhöhungen in Ihrem Interesse, andererseits bedeuten sie zunächst eine Schmälerung der Profite. Dieser Widerspruch neutralisiert sich aber nur teilweise in der Maxime einer Konstanz in Wachstum von Löhnen und Profiten, weil etwa die Industrie Monopole der Bundesrepublik ihre Profite vor allem im Export erzielen, am Massenkonsum also nur mittelbar interessiert sind. In der Konjunktur haben sie ein Interesse an niedrigen Löhnen, in der Rezessin können sie ihre Macht durch die Verschärfung des Monopolisierungsprozesses ausbauen und die Arbeiter und Gewerkschaften disziplinieren. Sie setzen eher auf Notstandsgesetze als auf Ersatzprogramme. Unterden Bedingungen der Rezession können sie den Gewerkschaften, die dann vor allem an Vollbeschäftigung interessiert sind, Tarifverträge aufzwingen, die schlecht und lang -

fristig genug sind, um bei der Kurzfristigkeit des Krisenzyklus erhebliche Extraprofite zu ermöglichen. Ähnlich können erhebliche Extraprofite dadurch erzielt werden, daß in verschiedenen Werken eines Konzerns oder in verschiedenen Regionen eines Produktionszweiges unterschiedliche übertarifliche Löhne gezahlt werden.

In beiden Fällen nehmendie Gewerkschaften die ihnen von den Arbeitern zugeschriebene Funktion, für einen "gerechten Lohn" zu sorgen, nicht wahr. Und zwar deshalb, weil sie sich in den Widerspruch von Lohnerhöhung und Vollbeschäftigung unter Hinnahme des Kapitalismus befinden.

Die langfristigen Tarifverträge und die differenzierten Lohnniveaus sind fürs Krisenmanagement notwendig. Je intensiver der Krisenzyklus ausgeprägt ist, desto mehr werden die Gewerkschaften in diesen Widerspruch hineingetrieben.

Der Konkurrenzkampf zwingt die Monopole zur Profitmaximierung. In der Konjunktur muß deshalb die Produktivität um jeden Preis gesteigert werden, die Währungspolitik muß die Exportbedingungen optimal halten, die Löhne müssen niedrig gehalten werden. Die Monopole haben kein Interesse an einer "Konjunkturdämpfung". Die Sicherheitsbedürfnisse des Kapitals erfordern dagegen gerade eine "Dämpfung" der Konjunktur, um nicht zu große Überkapazitäten aufzubauen. Daß erste ist im Interesse der großen Industriemonopole, daß zweite im Interesse des großen Teils der übrigen Kapitalien sowie der Kleinbourgeoisie. Diesen beiden Tendenzen entspricht der gegenwärtige Hauptwiderspruch in der kapitalistischen Politik. Setzt sich die SPD für die bessere Organisation der Nationalwirtschaft im Interesse der Sicherheit des Kapitals ein, so ist etwa die CSU in Konjunkturzeiten durchaus bereit, offen zu erklären, sie trete für den "Abbau des Wirtschaftsdirigismus" ein (NZZ, 15.9.69) und baut im übrigen auf die Notstandsgesetze. Beide sind zumindest in Hochkonjunturen kontrovers, beide handeln ausschließlich im Interesse des Kapitals. Für den Arbeiter besteht kein Grund, mit der einen oder anderen Seite zu sympatisieren. Die optimale "Versöhnung" mit dem Kapital ist weder im Sinne der Arbeiter noch im Bernsteinschen Sinne sozialdemokratisch, wenngleich die Volksparteipolitik der SPD nach 1959 eine konsequente Verlängerung der Sozialdemokratie ist.

Vor diesem Hintergrund müssen die Septemberstreiks und ihre konkrete Form verstanden werden. Zu ihren Bedingungen gehören nicht nur die Hochkonjunktur, die spezifischen Verhältnisse in den Produktionszweigen und die regional und strukturell unterschiedlichen Lohnniveaus, sondern auch ein sozialdemokratisches Bewußtsein vom "gerechten Lohn" bei den Arbeitern, die Verschärfung des Widerspruchs in der gewerkschaftlichen Lohnpolitik, in Verbindung mit der konzertierten Aktion und dem "Scheitern" der SPD in der Hochkonjunktur und vor dem Wahlkampf. Das sozialdemokratische Bewußtsein der Arbeiter ist gegen das Kapital, gegen die Gewerkschaften und gegen die SPD praktisch geworden, weil diese sich zunehmend in ihre eigenen Widersprüche verstrickt haben. Indem es so praktisch geworden ist, hat es aufgehört, sozialdemokratisch zu sein. Denn die Apathisierung und Gängelung der Massen ist eine Bedingung des sozialdemokratischen Bewußtseins.

Wenn aber das Bewußtsein der Arbeiter vor dem Ausbruch der Streiks tatsächlich ein sozialdemokratisches ist, kann schon dessen praktische Wendung über die bloße Nörgelei hinaus nicht ausschließlich aus der Diskrepanz zwischen dem Bewußtsein der Arbeiter und der Politik der traditionellen Arbeiterorganisationen erklärt werden. In der jetzigen Hochkonjunktur wird die physische Leistungsfähigkeit des Arbeiters bis an die Grenze des Möglichen belastet. Durch regelmäßige Überstunden ist der 8-Stunden - Tag faktisch aufgehoben. Arbeitsintensität und -tempo sind durch den schnellen Produktionsrhythmus derart gesteigert, daß dem Arbeiter das in normalen Zeiten immer mögliche gelegentliche "Bummeln" beinahe unmöglich wird, sodaß er sich einer ununterbrochenen Belastung ausgeliefert sieht. Ausbeutung wird ihm unmittelbar bewußt. Dies ist die Bedingung für das Praktischwerden sozialdemokratischen Bewußtseins . Die praktische Erfahrung der Ausbeutung überhaupt setzt sich um in die ökonomistische Forderung nach der Verbesserung der Ersatzprogramme. Das ökonomistische Bewußtsein wiederum wird in seiner Praxis im spontanen Streik durch die Erfahrung von Solidarität und Mündigkeit und durch die Erfahrung der Grenzen des ökonomischen Kampfes tendenziell transzendiert.

II. Spontaneität und Politisierung der Streiks. Die Streiks an der Saar.

In den Neunkircher Eisenwerken wurde der Streik durch eine Unterschriften sammlung eingeleitet. Das sicherte für den Streik selbst ein Minimum an Organisation und Einheitlichkeit, da auf diese Weise die 50 Pfennig Losung bereits vor dem Streik allgemein angenommen wurde und Kader der DKP-Betriebsgruppe von vornherein eine strukturierende Funktion übernehmen konnten.

Der Streik wurde innerhalb des Betriebs durchgeführt und konnte sich in seiner Organisation auf das Prinzip der Abteilungen stützen. In den Abteilungen besteht ein gewisser Diskussionszusammenhang und ein hohes Vertrauensniveau unter den Arbeitern aufgrund gemeinsamer Arbeitserfahrungen, sodaß die Kader in Ruhe reden konnten. Der Erfolg dieser Agitation beruhte sicher darauf, daß die Kader als Arbeiter agitierten, nicht als Mitglieder einer Partei. Dennoch gelang gerade dadurch eine gewisse Politisierung des Streiks. Es entstand eine starke Solidarität, an der 50-Pfennig-Forderung wurde festgehalten - was wichtig ist, da Funktionäre und Unternehmer sie in den Verhandlungen durch Prozentforderungen, die die Interessen der verschiedenen "Leistungsgruppen" zersplittern, zu ersetzen versuchten - , im Betrieb wurde die rote Fahne aufgezogen, die auch an der Spitze der Demonstration in Neunkirchen mitgeführt wurde, und die Kader waren in der Lage, zwischen den Streikenden und Studenten, die sich mit ihnen solidarisierten, zu vermitteln. Die Konzernleitung versuchte mit ad-hoc zu wählenden Vertrauensmännern der Belegschaft zu verhandeln. Diese bestand aber darauf, daß die Verhandlungen vom Betriebsrat geführt werden, was nicht nur damit zu erklären ist, daß der Betriebsrat relativ progressiv ist, sondern auch auf den Einfluß von DKP-Kadern hinweist.

Die Saarbergwerke AG befinden sich zu 74% in den Händen der Bundesregierung, 26% gehören der Landesregierung, in jedem Fall also der CDU. Auch die IGBE des Saarlandes und eine große Zahl von Betriebsräten ist ziemlich fest in CDU-Händen. Die Bergarbeiterlöhne an der Saar sind nur auf Tarifhöhe. - Die

Bergleute arbeiten unter Tage zerstreut und können kaum am Arbeitsplatz diskutieren. Gewerkschaftlich sind sie nicht in einem Vertrauensleutekörper organisiert, sondern in Ortsgruppen. Andererseits ist die Solidarität unter ihnen durch die Gefährdung während der Arbeit, Berufskrankheiten und eine lange ständische Tradition besonders hoch. Die IGBE hatte ohne Ergebnis seit dem 15.8. um Lohnerhöhungen verhandelt. Als der Streik der Hüttenarbeiter bekannt wurde legte zunächst eine Schicht der Grube Luisenthal die Arbeit nieder. Aufgrund der allgemeinen Unzufriedenheit und der hohen Solidarität schlossen sich alle Gruben in kürzester Zeit spontan dem Streik an. Der Streik konnte sich auf keine Organisation stützen. Weder die Gewerkschaftsspitze noch die Ortsgruppenvorsitzenden noch die Betriebsräte hatten das Vertrauen der Streikenden. Die DKP spielte höchstens bei der Verbreitung von überbetrieblichen Informationen via Flugblatt eine Rolle. Sie war nicht auf den Streik vorbereitet. Die Streiklosungen waren uneinheitlich: 8,- DM pro Schicht, 1 000 DM netto im Monat, usw. Immer waren es aber Pauschalforderungen. Die Unzufriedenheit der Bergleute war vor dem Streik privat geblieben. Der Streik war völlig spontan. Die Solidarität war sein einziges organisierendes Moment. Als Verhandlungspersonen stuppsten die Bergleute spontan einzelne aus ihren Reihen nach vorn. Wo einer in kleinen Gruppen als Arbeiter agitierte, konnte er Erfolg haben. Agenten, die als Gegenagitatoren auftraten, wurden fast so wenig gehört wie Kommunisten, die "radikal" als Parteimitglieder agitierten. Eine ausdrückliche Politisierung des Bergarbeiterstreiks konnte so nicht gelingen. Deshalb war aber der Streik nicht unpolitisch.

Soweit explizite Standpunkte in Streikparolen vertreten wurden, zeigen sie zunächst das sozialdemokratische Bewußtsein vom "gerechten Lohn" : "Stundenlohn statt Hungerlohn", "Wir fordern gerechten Lohn", "Kein Lohnverzicht zugunsten der Unternehmer", usw. Parolen wie "Ausbeuter" oder "wir lassen uns von Euch nicht verschaukeln" traten dem gegnüber in den Hintergrund und wurden vielleicht sogar von außen in den Streik getragen. Am nachdrücklichsten wurden dagegen Parolen vorgebracht, die auf Kritik der etablierten Arbeiterorganisationen zielen: "Unser Arbeitsdirektor ist ein Papiertiger", "Arbeiterverräter", "Wir vertreten unsere Interessen selbst" usw. Auch die Diskussionen beschäftigten sich vorwiegend mit der Kritik der Gewerkschaften. Die Bergarbeiter vor allem diskutierten ernsthaft die Alternative Druck - bis hin zum individuellen Terror- auf die Gewerkschaften auszuüben oder sie zu zerschlagen . Hatten sie doch jahrzehntelang Streikgelder in ihren Gewerkschaftsbeiträgen gespart und mußten gleich beim ersten Streik sehen, daß die Gewerkschaft keine Streikgelder auszahlte und damit einen langfristigen Streik faktisch verhinderte. Es war aber allen klar, daß die Gewerkschaftsspitze das nicht nur aus Schofligkeit tut, sondern auch, weil es in den entsprechenden Statuten so vorgesehen ist, hinter denen die Funktionäre sich allerdings hervorragend verschanzen können. Da die Veränderung der Statuten von den meisten Arbeitern für unmöglich gehalten wird, sehen sie nur die Möglichkeit eines organisierten Austritts, ohne aber die Möglichkeit einer Neugründung von Streikkassen zu sehen. Da die Arbeiter andererseits die Einsicht in die Notwendigkeit der Maklerfunktion der Gewerkschaft haben, wird die Austrittsdrohung, die seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze oft gefallen ist, vorerst folgenlos bleiben. In diesem Zusammenhang tauchte in den Bergarbeiterdiskussionen immer wieder die Gefahr der Anwendung der Notstandsgesetze auf. Während einige auf dem parlamentarischen Weg zur Veränderung der politischen Situation hinwiesen, war vielen klar, daß dieser zum Scheitern verurteilt sei, und daß nur eine Möglichkeit bliebe, nämlich "wie die Studenten " vorzugehen. Die kämpferische Tradition der Arbeiterklasse ist bei dieser selber vergessen und nur noch durch die Transmission der Studenten bewegung bekannt. Aber daraus ergibt sich schon die Möglichkeit ihrer Rekonstruktion.

Das zeigen die Fabrikbesetzungen, die sit-ins in den Verwaltungsgebäuden, die Besetzungen der Telefonzentralen und die Massendemonstrationen. Die Gewerkschaften reagieren darauf mit einem scheinbaren Linksrutsch. Demagogisch appelieren sie an die Selbstätigkeit der Basis, um ihre Herrschaft über die Basis nicht zu verlieren.

Das Bewußtsein, das die Streiks motiviert, ist das Bewußtsein der Ausbeutung. Das Bewußtsein, das sich in den Streiks explizit artikuliert, ist dessen Übersetzung ins Ökonomistische. Die Aufgabe einer Avantgarde wäre es gewesen, auf den Widerspruch zwischen dem sozialdemokratischen Bewußtsein und der praktischen Spontaneität und Militanz der Aktionen in den Fabriken und auf der Straße hinzuweisen und im Streik die Tradition der Arbeiterbewegung zu vermitteln. So hätte mit der RAdikalisieung der aufgestellten Forderungen das sozialdemokratische Bewußtsein liquidiert und der Weg des Pariser Mai und der Arbeiter von Pirelli und Fiat beschritten werden können. Das ist in der Radikalisierung der Gewerkschaftskritik und dem Vorzeigen der roten Fahne nur ansatzweise gelungen.

III. "Den Reaktionär erkennt man an seinen kurzen Haaren"

In einem Flublatt, das der SDS-AStA Saarbrücken für die streikenden Bergarbeiter herausgab, finden sich folgende Thesen: "... für die gesamte Wirtschaft ist es nur gut, wenn nicht zu niedrige Löhne gezahlt werden. Dann können die Leute nämlich mehr kaufen, und die Kapitalisten noch mehr verdienen. Deshalb (!) helfen Lohnerhöhungen eigentlich nur, das kapitalistische System zu stärken. " Da sollten die Kapitalisten den Arbeitern doch gleich mindestens das zehnfache an Löhen aufhalsen. Gleich im nächsten Abschnitt heißt es aber: "Die Profite sind vom Arbeiter geschaffenen Werte, die dem Arbeiter gewaltsam entzogen werden. (Durch die Rechtsordnung). Sie gehören eigentlich in ihren Lohn." Da auch die Studenten gegen die Kapitalisten kämpfen, weil die Kapitalisten die Universitäten ausnützen...", heißt es dann, daß "Arbeiter und Studenten also letzlich gegen den selben Feind kämpfen: gegen die Kapitalisten und gegen die Gesellschaft... " Gleich im nächsten Absatz wird aber klar, daß wenigstens bis jetzt nur die Studenten gegen die Kapitalisten kämpfen, weil die streikenden Arbeiter reaktionär sind: "Der Arbeiter, der sich wehrt, seinen Lohnkampf im Zusammenhang mit solchen politischen Tatsachen (d.i. Kampf gegen die Gesellschaft) zu sehen, gleicht dem Patienten, der sich bei der Arbeit immer wieder an einer heißen Maschine verbrennt und gegen diese Schmerzen nur Schmertabletten nimmt - anstatt an der Ursache, der Maschine, etwas zu ändern. Eine solche Haltung ist reaktionär und muß entschieden bekämpft werden. " Die revolutionären Studenten müssen also gegen die reaktionären Arbeiter kämpfen , weil dise bloß einen höheren Lohn haben wollen. Aber ganz so radikal sind die Studenten auch wieder nicht. Es heißt nämlich weiter: "Wer gegen die rote Fahne hetzt, ist gegn eine langfristige Verbesserung der miesen Lage in Betrieben, Schulen, Universitäten." (2 revolutionäre Studenten hatten bei einer

Massendemonstration von streikenden Bergarbeitern in Saarbrükken zwei rote Fahnen aus dem Auto gepackt. Die eine davon war von Funktionären- aber durchaus mit Zustimmung der Arbeiter - verbrannt worden. Und das, wo doch die rote Fahne auch bei den revolutionären Studenten für "Verbesserungen" steht!) - "Aber man muß unterscheiden", heißt es weiter,"zwischen den reaktionären Studenten und den sozialistischen Studenten. Nur die reaktionären Studenten muß man bekämpfen. Man erkennt sie vor allem an ihren kurzen Haaren..." Außerdem brauchen die Arbeiter die Studenten, weil "die Studenten bestimmte Tatsachen aus Gesellschaft und Politik kennen, die den Arbeitern von der herrschenden Klasse bewußt verheimlicht werden - aus Angst davor, daß die Arbeiter sich dann nichts mehr gefallen lassen. Zu diesen Tatsachen gehört zum Beispiel, daß der Wohlstand bei uns durchaus nicht ewig währt, sondern nur von der Unterdrückung der unterentwickelten Länder abhängt. Je mehr sich die Inder, Afrikaner, Südamerikaner usw. befreien, um so schlechter werden da die Aussichten. " Wenn das den Arbeitern bekannt wird, werden sie sich bestimmt nichts mehr gefallen lassen.

Gewiß ist das eine Karikatur 'sozialistischer' Agitation, aber keine erfundene. Der SDS ist tatsächlich weithin nur noch eine Karikatur seiner selbst. Die komplette Hilflosigkeit am Flugblatt der Saarbrücker Genossen abgezogen - für sie ist mindestens die Ausbildungsmisere im SDS verantwortlich zu machen- bleibt die revolutionäre Borniertheit kleinbürgerlicher Intellektueller immer noch weithin typisch. Übrigens liegts nicht daran, daß es in Saarbrücken keine Betriebsprojektgruppe gibt, aber die " macht Lehrlingsarbeit und kann sich nicht um den Streik kümmern". Immerhin erklärten die Saarbrücker Genossen, der Ehrlichkeit halber müßten sie sagen, sie hätten den Streik nicht angezettelt. Man wird es ihnen gerne glauben. Und bestimmt sind ihnen die Arbeiter dankbar, daß die Studenten sie beschützen. Der SDS-AStA schrieb nämlich in einem Flugblatt, das an der Universität verteilt wurde:"wir haben die Arbeiter aufgefordert: Ihr braucht keine Angst zu haben... Bleibt zusammen und marschiert nach Saarbrücken. Studenten marschieren mit."

Genossen von der Basisgruppe Bochum und der Ruhrkampagne Berlin erklärten in der RPK (Nr. 30 S.3) :"Die beschriebenen Aktionen ergeben eine eindeutige Aussage über die Situation der revolutionären Linken im Ruhrgebiet: sie ist miserabel schwach. " Sie konnten nicht wissen, in welch katastrophalem Ausmaß ihre Aussage über das Ruhrgebiet hinaus verallgemeinert werden muß. Es heißt weiter: "Das ist freilich nicht nur ein quantitatives Problem, sondern vor allem ein Kaderproblem. Schulung und Aktionen, die auf Schulung hinführen, sind die nächsten wichtigen Aufgaben." Das ist richtig. Nur erweckt es den Eindruck, alssei Schulung wiederum bloß ein quantitatives Problem. Erfahrungen, die wir bei einem Streik in einem Heidelberger Betrieb gemacht haben, in dem es eine ziemlich große Basisgruppe gibt, von der einige Mitglieder seit einem Jahr an Arbeitskreisen der Betriebsprojektgruppe teilgenommen haben, zeigen, daß die Kaderschulung in der gegebenen historischen Situation auf eine prinzipielle Schwierigkeit stößt.

Zwar konnte die Lehrlingsbasisgruppe in dem Streik ziemlich geschlossen auftreten, kam aber auch nicht über die disziplinierte Verabschiedung einer Resolution hinaus, und mußte schließlich schon als Lehrlingsgruppe scheitern. Die in der Basisgruppe organisierten Arbeiter vermochten ebenfalls keinen Einfluß auf den Ablauf des Streiks zu nehmen, während es anderen wenigstens gelang, ein Minimum von Festigkeit in den Streik zu tragen. Beinah überall zeigt sich, daß die durch den SDS ausgebildeten Betriebskader sich selber kaum noch als Arbeiter verstehen, höchstens quasi als Außenstehende zu agitieren versuchen, damit aber den Arbeitern beinah schon so fremd sind wie die Studenten selbst und folglich das Vertrauen der Belegschaft nicht erringen können. Schließlich beginnen sie ganz auf Betriebspolitik zu verzichten und geraten potentiell ins Schlepptau der Belegschaften.

IV. Aufhebung sozialdemokratischen Bewußtseins . Aufhebung revolutionärer Borniertheit.

Das Bewußtsein des Arbeiters heute ist bestimmt durch den Widerspruch zwischen dem Wunsch nach privater Aufhebung der Arbeiterexistenz und deren objektiver Unmöglichkeit. Die Kontinuität der Arbeiterbewegung ist zerissen. Die - vor allem jungen- Arbeiter, denen der Widerspruch bewußt wird und die aus der Integration ausbrechen, stehen vor der Aufgabe politischer Identitätsfindung. Die einzige Tradition, an die sie unmittelbar anknüpfen können, ist die der - trotz allem doch bürgerlichen - Studentenbewegung. In der in vielen Fällen tatsächlich eintretenden Identifikation mit den sozialistischen Studenten stellt sich zugleich eine mit einer Gruppe "oberhalb" der Arbeiterklasse ein. Dieser Prozeß ist gekennzeichnet durch ein Nachlassen des an sich revolutionären Elements im Bewußtsein des Arbeiters - der unmittelbaren Einsicht in die Notwendigkeit der Aufhebung seiner elenden Verhältnisse - und eine damit zusammenfallende Intellektualisierung, das heißt die Hinnahme eines Auseinanderfallens von Theorie und Praxis. Das Grundproblem ist also, daß die Tradition der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik heute durch die Studentenbewegung vermittelt wird. Damit überträgt sich der Widerspruch zwischen den sozialistischen und den bürgerlichen Elementen der Studentenbewegung potentiell auf die Rekonstruktion der Arbeitebewegung. Die streikenden Bergarbeiter meinten, sie müßten "wie die Studenten" vorgehen. Aber dabei war ihnen zurecht unwohl.

Um diesen gegenwärtigen Hauptwiderspruch sozialistischer Politik in der Bundesrepublik zu lösen, müßte sich eine sozialistische Avantegarde innerhalb der Studentenbewegung allererst ausbilden. Deren Hauptaufgabe wäre es - neben der Weitertreibung der Studentenbewegung -, innerhalb der keimhaften Organisationsansätze der Arbeiter, wie dem SALZ und den Basisgruppen, als einzelne Sozialisten Kader heranzubilden, die in den Belegschaften als sozialistische Arbeiter agieren können und den in den September-Streiks zum ersten Mal manifest gewordenen Widerspruch zwischen artikuliertem sozialdemokratischem Lohnbewußtsein und dessen Praktischwerden in spontanen Streiks und militanten Aktionen in der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung aufzuheben vermögen. Das Problem der politischen Identitätsfindung kann dabei nur durch die Vermittlung der Tradition der Arbeiterbewegung gelöst werden, das der Aufhebung des sozialdemokratischen Bewußtseins nur durch Beseitigung von Linksopportunismus und "revolutionärer" Borniertheit und Herstellung und Vermittlung konkreter Analysen, deren Umsetzung in die Praxis in den Fabriken und auf der Straße nicht von vornherein durch mangelndes Realitätsbewußtsein zum Scheitern verurteilt ist. Das setzt die Einsicht in die Klassendifferenz von Arbeitern und Intellektuellen voraus. Auch für die Studenten stellt sich damit erneut das Problem politischer Identitätsfindung, das nur so verstanden werden kann, wie es Lukacs in der "Organisationsfrage der Intellektuellen" entwickelt hat.